Olívia Machado, Bernhard Leubolt

e-mail: oliviacmachado@hotmail.com; leu@gmx.at

Ambivalente Massenproteste in Brasilien

Brasilien war 2014 Gastgeberland für die FIFA Fußball WM. In diesem Zusammenhang fand 2013 der FFA Confederations Cup statt, der als Aufhänger für die größten Massenproteste seit Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre war. Die geäußerten Anliegen waren thematisch und politisch sehr vielfältig und wurden in den europäischen Medien nicht in ihrer Komplexität erfasst.

Der hier vorgeschlagene Beitrag widmet sich dem Thema der brasilianischen Proteste anhand folgender Fragen: Wie kam es zu den Protesten in Brasilien und welche Forderungen stellten sie? Welche Rolle spielten Medien? Wie verlief der staatliche Umgang mit den Protesten und wie verhält es sich um Repression? Mit Hilfe dieser Fragestellungen soll der ambivalente Charakter der politischen Forderungen der 'kritischen Massen' hervorgehoben und kritisch diskutiert werden.

Aufgrund der brasilianischen Leidenschaft für den Fußball sowie dessen internationale Bedeutung war die Weltmeisterschaft eine gute Möglichkeit für soziale Bewegungen, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Die Massenmobilisierung im Jahr 2013 begann mit Demonstrationen der Freifahrt-Bewegung (FFB; port.: Movimento Passe Livre). Die FFB wurde 2006 in Porto Alegre ins Leben gerufen und setzt sich mit der Diskussion des urbanen Verkehrssystems und der Demokratisierung des städtischen Raumes auseinander. Wissend, dass das brasilianische Verkehrssystem auf prekärer Basis funktioniert und von einer kleinen Gruppe privater Unternehmer monopolisiert wird, fordert die FFB die Umsetzung der "Freifahrt", ein progressives System das die Bezahlung der Fahrkarten über einen staatlichen Fonds regeln soll. Seit Ende 2011 wurden die Bus- und U-Bahntarife regelmäßig erhöht. Leidtragend waren neben Studierenden v.a. die Armen, die sich kein Auto leisten können. Die Proteste der FFB hatten daher auch eine wichtige soziale Komponente und bezogen sich auf einen wichtigen Teilbereich ökologischer Probleme. Dennoch war es alles andere als selbstverständlich, dass sich die Proteste einer relativ kleinen linken Gruppe aus São Paulo zu den größten Massenprotesten seit über zwanzig Jahren ausweiteten.

Die Portest-Dynamiken, die sich während den sogenannten "Jornadas de Junho" abgespielt haben, können in zwei Phasen geteilt werden: die erste Phase wird durch

kleinerer Mengen Protestierender geprägt, deren Agenda noch auf die Verkehrsfrage zielte. Die zweite Phase, die ab Mitte Juni begann, lief anders. Die traditionellen Medien konzentrierten sich sehr stark auf die Demonstrationen und nahmen eine wichtige Rolle in der Massenmobilisierung ein. Die Vielfalt der gestellten Forderungen war enorm: mehr Qualität in Bildungs- und Gesundheitssystemen, gegen die Korruption der Arbeiterpartei, gegen den hohen Ausgaben mit der FIFA WM, gegen das monopolistische Medienunternehmen Rede Globo, für die Umsetzung der "Freifahrt", u.a. Strömungen der brasilianischen linken und rechten ziehen Aufmerksamkeit auf sich und bildeten eine politisch durchgemischte Masse, die sich von progressiven Inhalten entfernte.

Zwei wichtige Akteure innerhalb dieses Kontexts waren die Polizei und die Medien. Der staatliche Repressionsapparat zeigte große Unfähigkeit mit der Mobilisierung der Massen umzugehen, sodass die Gewalt zwischen PolizistInnen und Protestierenden eskalierte. Die wichtigsten Massenmedien berichteten in einer interessanten Weise über die gewaltsamen Konflikte: Der größte Fernsehsender Rede Globo befürwortete anfänglich die Proteste und interpretierte sie vordergründig als Kritik an der Mitte-Links Regierung. Als mehrere Mitarbeiter des Unternehmens während Demonstrationen verletzt wurden, veränderte sich der Diskurs: Proteste seien nur legitim, wenn sie gewaltfrei ablaufen. Protestierenden wurden vermehrt als kriminelle "Randalierer" bezeichnet.

Die Proteste wurden vordergründig von der Mittelschicht getragen. Für diese Gruppe entstanden trotz und teilweise sogar durch die soziale Reformpolitik neue Probleme: Während im Niedriglohn-Bereich Löhne und Gehälter sowie das Angebot an Arbeitsplätzen deutlich stiegen, stagnierten sowohl Einkommen als auch Arbeitsplätze in den besser bezahlten Segmenten. Der soziale Aufstieg einer "neuen Mittelschicht" führt einerseits zu größerer Konkurrenz der "traditionellen Mittelschichten" und andererseits hat der soziale Aufstieg für die "neuen Mittelschichten" somit eine deutliche Begrenzung. Zusätzlich gehen von den besser bezahlten Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor auch inflationäre Tendenzen aus. Die Mittelschichten können daher tendenziell als VerliererInnen der Mitte-Links Politik der letzten Jahre betrachtet werden. Daraus folgern wir ein strukturelles Potenzial für Protest, mit dessen Hilfe auch die ambivalenten Ausdrucksformen des Protestes (links und rechts) ansatzweise erklärt werden können.